

Bonn, 10. Mai 2010

## **Recht auf Nahrung hat Vorrang**

Justitia et Pax veröffentlicht Dokumentation der Internationalen Konferenz „Ernährungssicherheit und Energieversorgung zwischen Eigeninteresse und globaler Gerechtigkeit“

Was müssen und können Industrie- und Entwicklungsländer tun, um im Zuge eines liberalisierten Welthandels die Ernährung der Bevölkerung zu sichern? Wie kann Nahrungssicherung gelingen, wenn Länder gleichzeitig ihren Hunger nach immer mehr Energie stillen wollen? Und das, ohne Umwelt und Klima weiter zu schädigen? Welche strukturellen Veränderungen sind notwendig und welche politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen braucht es dafür?

Experten aus Europa und Afrika haben diese Fragen im Frühjahr 2009 in Lusaka, der Hauptstadt Sambias, einem der ärmsten Länder der Welt, erörtert. Organisiert von der Deutschen Kommission Justitia et Pax und dem Jesuit Centre for Theological Reflection (JCTR) fand in Lusaka die internationale Fachkonferenz unter dem Thema „Ernährungssicherheit und Energieversorgung zwischen Eigeninteresse und globaler Gerechtigkeit“ statt. Die Dokumentation ist jetzt als Heft 120 der Reihe ‚Frieden und Gerechtigkeit‘ erschienen, in englischer Sprache als Heft 121.

Das Besondere daran: Zuvor hatten die europäischen Teilnehmer aus Industrie und Wirtschaft, aus Gewerkschaften und Politik, von gesellschaftlichen und kirchlichen Akteuren einige Tage in ugandischen und sambischen Gastfamilien gelebt und gearbeitet. Die sehr persönlichen Erfahrungen aus diesem Exposureaufenthalt prägten die Diskussionen mit den lokalen Akteuren nachhaltig.

Die Dokumentation fasst die Diskussionen der Internationalen Konferenz zusammen und will zu einer konstruktiven agrar- und entwicklungspolitischen Debatte in Nord und Süd beitragen, damit Lösungsansätze für eine nachhaltige und entwicklungsförderliche Landwirtschaft erarbeitet werden. Sie ergänzt damit das Positionspapier „Agrarhandel als Testfall für gerechte Welthandelsbedingungen“ aus dem Jahr 2005, das Justitia et Pax zusammen mit der Katholischen Landvolkbewegung und der Katholischen Landjugendbewegung veröffentlicht hat.

Die Eckpunkte der Dokumentation in Kürze sind in der Anlage aufgeführt:

**Herausgeber:**  
Deutsche Kommission JUSTITIA ET PAX  
Kaiserstr. 161, D 53113 Bonn  
Telefon ++49(0)228-103217  
Telefax ++49(0)228-103318  
E-Mail: [Justitia-et-Pax@dbk.de](mailto:Justitia-et-Pax@dbk.de)  
<http://www.Justitia-et-Pax.de>

**Redaktion:**  
Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz  
und des Zentralkomitees der deutschen  
Katholiken zur Förderung von Entwicklung,  
Menschenrechten und Frieden

Gertrud Casel, Geschäftsführerin

**für Rückfragen:**  
Dr. Hildegard Hagemann  
Tel: 0228 - 103317  
E-Mail: [h.hagemann@dbk.de](mailto:h.hagemann@dbk.de)

## **Anlage zur Pressemitteilung „Recht auf Nahrung:**

### **Die Eckpunkte der Dokumentation „Ernährungssicherheit und Energieversorgung zwischen Eigeninteresse und globaler Gerechtigkeit“ in Kürze**

- Die Konferenzteilnehmer plädierten für eine Verankerung des Rechtes auf Nahrung in der Verfassung Sambias, das auch das Recht auf qualitativ hochwertige Nahrung beinhaltet.
- Unter dem Begriff „Food first“ wurde der Nahrungssicherung und Nahrungssouveränität höchste Priorität eingeräumt. Die Energieproduktion (z. B. Pflanzen für Biodiesel) sei nachrangig.
- Den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen (GMO) bei der Sicherung der Ernährung beurteilten afrikanische wie europäische Konferenzteilnehmer höchst skeptisch. Grüne Gentechnik trage nicht zur Bekämpfung von Hunger und Armut bei, berge vielmehr große nicht kalkulierbare Gefahren für Mensch und Umwelt.
- Hunger und Armut sei nur dann wirksam zu begegnen, wenn es zwischen den Handelspartnern neue Konzepte für einen fairen Handel gebe. Die Akteure aus Politik und Wirtschaft müssten dafür jetzt die Weichen stellen.
- Die Chancen auf Teilhabe müssten vor allem auch durch den Zugang zu Märkten gewahrt werden. Der Ausbau der Infrastruktur, Zugang zu Produktionsmitteln, Kapital und Boden seien wichtige Voraussetzungen dafür.
- Fairer Handel und Ernährungssicherung seien nur möglich, wenn der Schutz der eigenen Märkte ausreichend gewährleistet werde.
- Der internationale Handel müsse im Sinne von ‚Fair Trade, ‚Pro-Poor‘ und ‚Aid for Trade‘ verändert werden. Hygiene- und Umweltstandards sowie soziale Standards seien wichtige Kriterien, die sowohl Produzenten als auch Konsumenten nutzen.
- Die Kernpunkte der kirchlichen Soziallehre (Menschenwürde, Rechte, Gerechtigkeit, Solidarität, Gemeinschaft und die Optionen für die Armen) standen in der Debatte über Ernährungssicherung immer im Hintergrund der Argumentation. Wenn die beteiligten Akteure aus einem tiefen Respekt vor der Menschenwürde heraus handeln, so der Tenor, leisten sie einen Beitrag zu Frieden und Gerechtigkeit im Sinne der christlichen Sozialethik.